

Saale-Zeitung.

Zweihundertzweiter Jahrgang.

werden die Gesandten...

Eröffnet täglich...

Redaktion und Druck...

Bezugspreis...

Bevollmächtigter...

Nr. 545.

Saale, Freitag, den 21. November

1913.

Die unteren Beamten und ihre Bestrebungen.

Man schreibt uns: Eine große Zahl angeheuer deutscher Tagelöhner...

- a) Schaffner . . . 1400-2100 Mk. Gehalt
b) Meister und Aufseher . . . 1500-2400 "
c) Unterassistenten . . . 1600-2700 " "

Nun wird behauptet, daß diese Einteilung für die unteren Eisenbahnbeamten ungenügend und unannehmbar sei...

Eine von den Vorständen ist sämtlicher unteren Eisenbahnbeamtenverbände am 30. Oktober in Berlin abgehaltene Versammlung...

Um jedes Mißverständnis und jeden Zweifel auszuweichen, stellen wir ausdrücklich fest, daß mit den 3 in unserer Eingabe vorgeschlagenen Klassenbezeichnungen nicht etwa bestehende Kategorien der Eisenbahnverwaltung gemeint sind...

Darüber beschloffen die vereinigten Vorstände eine einstimmig berichtigende Erklärung...

Aber noch ein Vorwurf wird in jenen Zuschriften gegen unseren Verband erhoben, der unbedingt zurückgewiesen werden muß...

Auf Veranlassung des Vorstandes der Unterbeamten des deutschen Reichs fanden sich im Februar 1911 zum ersten Male die Vorstände aller Vereine zusammen...

- 1. eine ausreichende Erhöhung der Gehaltsbezüge;
2. eine Teuerungszulage;
3. die unfindbare Anstellung.

Welche gründliche und eingehende Behandlung diese Petition erfuhr, geht aus dem unter Beifügung von 32 Seiten stenogrammierten eingegangenen amtlichen Bescheid des Direktors im Hause des Abgeordneten hervor, der lautet:

Berlin, 17. Mai 1913. Das Haus der Abgeordneten hat am 31. Oktober v. J. bezüglich Ihrer Petition vom 13. Februar v. J. (Nr. 563) beschloffen: über Punkt 1 zur Tagesordnung überzugehen...

Diesem Beschluß ist die Regierung zwar nicht beigetreten, sie hat aber statt Teuerungszulagen Unterführungen nach diesen Grundfällen ausgeben lassen. Weil dem Bedürfnis der unteren Beamten damit nicht genügt war, erfolgte am 12. Juni die Abhaltung eines neuen preussischen Unterbeamtenkongresses...

Am 10. September reichte der Verband die Eingabe an das Staatsministerium ein, weil sie bei den abschließenden Verhandlungen über den nächstjährigen Etat noch zur Verhandlung kommen sollte. Diesen Zweck hat er erreicht, denn eine neue Gehaltsordnung für Preußen ist so gut wie fertig...

Zum Schluß noch eine Feststellung. Bisher hat es keine Berliner Richtung gegeben, die Vorstände der Verbände, die in Berlin ihren Sitz haben und der Berliner Bezirksvereine solcher Verbände, die ihren Sitz in anderen Städten haben, sind lediglich nach Bedarf zusammengekommen...

Von unserer Seite ist bisher noch niemals eine Kritik an der Arbeit des Eisenbahner-Kartells erfolgt, wir haben uns um seine Tätigkeit auch nicht getümmelt, sondern angenommen, daß es nur eine gemeinsame Arbeit im Interesse sämtlicher unteren Beamten aller Verwaltungen gibt...

Der Vorstand des Verbandes der Unterbeamten des deutschen Reichs.

Seitbestohene und Arbeitswilligenjanz.

Der geschäftsführende Vorstand des Bundes der Seitbestohene in seiner letzten außerordentlichen Sitzung folgende Entschlieung zu den Beschluß des Industriates des Hanja-Bundes betr. Arbeitswilligenjanz einstimmig an:

Der Industriate des Hanja-Bundes hat in der diesjährigen Hanja-Woche Beschlüsse zum Arbeitswilligenjanz gefaßt, deren Verwirklichung leichtenendes nichts anderes darstellen würde, als eine starke Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit aller Berufsorganisationen.

Schon die eine Forderung des Industriates auf Ausdehnung des § 31 des H.-G.-B. auf die Berufsvereine, ohne das Zuzustimmung der Selbstständigkeit, bringt unabhärlbare Gefahren für die Selbstentwidelung aus der Beamten- und Angestelltenverbände mit sich.

Am 1. Oktober der Hanja-Bundes und privaten Großbetriebe können neben der dritten Klasse der Arbeiter auch die Angestellten und Beamten allein durch Zusammenfassung der Einzelkräfte in Berufsorganisationen zu einer gesicherten und freieren Lebensführung aufsteigen.

Staates und gewährleistet den stetigen, gesunden Fortschritt.

Aus diesen Erwägungen heraus spricht der geschäftsführende Vorstand des Bundes der Seitbestohene kein lebhafte Bedauern über die Beschlüsse des Industriates im Hanja-Bunde aus, zumal die bestehenden geschäftlichen Bestimmungen zu einem wirksamen Schutz der Arbeitswilligen nach seiner Auffassung durchaus genügen.

Im Interesse der im Bunde der Seitbestohene vertretenen Berufsstände erwartet der geschäftsführende Vorstand bestimmt, daß das Direktorium des Hanja-Bundes den Beschlüssen des Industriates nicht beitreten wird.

Auch der Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten hat sich in einer Entschlieung des Vorstandes gegen eine Ausnahmegeheugung erklärt. Es heißt in der Entschlieung:

Das liberale Bürgerium ist plöblich vor eine schwere Entschlieung der inneren Politik gestellt. Das Direktorium des Hanja-Bundes wird am 24. November entschieden, ob es dem Vorschlag seines Industriates folgende die fähigsten Arbeitswilligenjanz genannte Ausnahmegeheugung gegen Arbeiter und Angestellte im Namen des Hanja-Bundes fördern will. Dieser Arbeitswilligenjanz ist nicht das, was er zu sein vorgibt. Es handelt sich hier um den bemuteten Versuch, die Brandmaße des Klassenkampfes erneut von oben wieder zwischen Bürgerium und Arbeiterkraft zu schließen. Das Ziel ist nicht der Schutz der Arbeitswilligen, sondern die neue Errichtung der wankenden Heimschiff der Schafmacher und des Großagariertums.

Deutsches Reich.

Bureaucratismus im 20. Jahrhundert.

Man schreibt uns aus Baden:

Eine Steuerbehörde wendet sich mittels angelegener Antwortkarte an ein Polizei-Medeamt mit dem Ersuchen um Angabe der Wohnung eines dortigen abgemeldeten Steuerpflichtigen, wozu sie an Porto 10 Pfg. aufwendet. Die angelegene Karte kommt zurück mit dem Vermerk, daß zunächst 25 Pfg. Gebühr und 10 Pfg. Porto einzulegen sind...

Beziehung von Industrie und Handel zu Regierung und Parlament.

Der Ausschuß des Deutschen Reichstages nachhandelte bei seinen kürzlich zweitägigen Beratungen auch über die Forderungen des Industriates und des Handels, die ein besseres Verhältnis zwischen Industrie und Handel, der Regierung und den politischen Parteien erreichen und den Reichstag zu einer zweckmäßigeren Behandlung gewerblicher Fragen bestimmen sollen.

- 1. Die Industriellen müssen in den Parteien, denen sie angehören, ihre Interessen entscheidender vertreten, als das jetzt geschieht.
2. Gründliche Unterrichtung der Abgeordneten bei Sach-















